

PROTOKOLL DER SITZUNG DES STADTRATES

Montag, 17. Dezember 2007, 17.30 Uhr, im Gemeindesaal, Kirchbühl 23

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 49 und 50 vom 6. und 13. Dezember 2007 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden überdies durch Zustellung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen zur Sitzung eingeladen.

Zur Sitzung sind erschienen:

Präsident	Herr Zurbrügg Christoph
Stimmzähler	Herr Rosser Bruno und Frau Rüfenacht Andrea
Mitglieder des Stadtrates	Damen und Herren Aeschlimann Martin, Bachmann Véronique, Baumann Walter, Berger Stefan, Biedermann Peter, Buser Madeleine, Caesar Priska, Dätwyler Käthy, Dubach Roland, Eberhard Werner, Friedli Daniel, Grimm Christoph, Haller Dieter, Heimgartner Gaby, Ingold Rolf, Jakob Beat-U., Jost Christine, Keller Hansjörg, Kolb Martin, Leibundgut Remo, Lerch Sabine, Mbiti Verena (ab Traktandum 3), Mumenthaler Mirjam, Mumenthaler Regina, Muster Adrian, Penner Nadaw, Probst Andrea, Rascher Barbara (ab Traktandum 4), Rauch Wilhelm, Reusser Gabriele, Rutschmann Gabriela, Wenger Annelies, Wenger Peter, Wyss Christoph und Zwahlen Michel
Entschuldigt	Herrn Bär Walter und Frau Schwertfeger Doris
Mitglieder des Gemeinderates	Damen und Herren Grimm Markus, Haldimann Franz, Kummer Hugo, Rechner Beatrix, Urech Peter, Wisler Albrecht Annette und Zäch Elisabeth
Entschuldigt	-
Stadtschreiber	Herr Schenk Roman
Auskunftspersonen	Herr Steiner Ueli, Leiter Baudirektion Herr Bachmann Armin, Schulleiter Musikschule Burgdorf
Protokoll	Frau Henzi Brigitte

TRAKTANDENLISTE

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtrats-Sitzung vom 5. November 2007	Seite	3
2. Informationen des Stadtratspräsidenten	Seite	3
3. Informationen aus dem Gemeinderat	Seite	4
4. Eissportstätte; Orientierung	Seite	4
5. Orientierung GPK; Verwaltungskontrolle	Seite	6
6. Motion SP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Schaffung niederschwelliger Ausbildungen und Arbeitsplätze	Seite	7
7. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Vergabe öffentlicher Aufträge	Seite	9
8. Interpellation der SP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Tempo 30 in den Quartieren und Begegnungszonen vor den öffentlichen Kindergärten und Schulen	Seite	10
9. Interpellation der SP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Anschlusslösungen der Burgdorfer Schüler / Schülerinnen nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit an der Volksschule	Seite	11
10. Interpellation der GFL- und SP-Fraktion betreffend Situationsanalyse und Bericht „Gewalt in Burgdorf?“	Seite	11
11. Wahl des Stadtratsbüros für das Jahr 2008 der Präsidentin / des Präsidenten der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten von 2 Stimmenzähler	Seite	12
12. Verschiedenes und Unvorhergesehenes	Seite	13

* * *

Verhandlungen

Appell

Der durch den Stimmenzähler Rosser Bruno durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von vorerst 36 Mitgliedern des Stadtrates. Stadträtinnen Mbiti Verena und Rascher Barbara treffen im Verlauf der Sitzung ein.

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keinerlei Änderungsanträge.

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtrats-Sitzung vom 5. November 2007

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtrats-Sitzung vom 5. November 2007.

2. Informationen des Stadtratspräsidenten

Stadtratspräsident Dr. Zurbrügg Christoph begrüsst die Anwesenden zur heutigen Stadtratssitzung. Im speziellen begrüsst er als Auskunftsperson Herr Steiner Ueli, Leiter Baudirektion.

Der Vorsitzende gratuliert Stadtrat Kolb Martin zur Wahl in den Gemeinderat (GR) und wünscht für die neue Herausforderung viel Befriedigung. Zudem informiert der Vorsitzende über den Ablauf der heutigen Stadtratssitzung. Ab 19.30 Uhr ist das Restaurant Schützenhaus parat für das Schlussessen des Stadtrates (SR). Die Musikschule Burgdorf wird während dem Schlussessen musizieren.

Bachmann Armin, Schulleiter Musikschule Burgdorf

Bachmann Armin ist erfreut und dankt für die Möglichkeit, die Musikschule Burgdorf sowie sich selber vorzustellen. Er ist seit dem 1. April 2007 Schulleiter der Musikschule Burgdorf. Er ist gebürtiger Luzerner, eigentlich Posaunist und wohnt in Wolfwil. Warum hat er die Stelle als Musikschulleiter angenommen? Die Musikschule Burgdorf hat ihn angefragt und er hat Ja gesagt, um es auszuprobieren. Er hat ein Juwel einer kleinen bis mittelgrossen Musikschule vorgefunden, welche allerdings mit einer leichten Staubschicht bedeckt war. Zudem hat er einen wunderbaren Schulrat vorgefunden. Die Musikschule ist gestützt von fünf Trägergemeinden (Burgdorf, Oberburg, Koppigen, Kirchberg und Heimiswil). Der Schulrat arbeitet hervorragend und die Zusammenarbeit läuft sehr gut. Diese Zusammenarbeit vermittelt eine Sicherheit für die gemeinsame Zukunft. Die Musikschule Burgdorf hat 54 Lehrpersonen, 811 Schüler und Schülerinnen und arbeitet im Moment für 62 Gemeinden. Es handelt sich also um ein mittelständiges Unternehmen und ist sehr regional tätig. Was ist ein Musikschullehrer? Das Einkommen des Musikschullehrers ist von den Schülerzahlen abhängig. Es ist deshalb eine echte Herausforderung einen guten Job zu machen. Das Budget 2007 beträgt 2.5 Mio. Franken. Dieser Betrag wird zu 40% von der Stadt, 40% von den Eltern und 20% vom Kanton getragen. Dieser Betrag teilt sich auf in Unterhalt, Miete, Löhne und Ersatzmaterial. Die Löhne und Sozialleistungen sind vom Kanton vorgegeben. Damit weitere Aktivitäten, wie das gestrige Weihnachtskonzert, möglich sind, ist man auf private Hilfe und Sponsoren angewiesen. Die Musik ist eine Bildungsform und bildet Kinder, Jugendliche und Erwachsene aus. Die Musikschule macht nicht nur Musik, sondern betreibt und fördert die Integrationsfähigkeit, soziale Kompetenzen und das vernetzte Denken. Diverse Studien beweisen, dass Musik klug und schlau macht. Die Bildung und Musik muss miteinander verbunden werden. Die Musik sollte nicht mehr ein Freifach sein, sondern ein klarer Platz in der Schule haben. Zudem vernetzt die Musik die Jugend. Die Musikschule schafft auch Nachwuchs für Vereine. Die Musikschule Burgdorf ist ein Dienstleistungsbetrieb für musikalische Bildung. In der Musikschule Burgdorf sind 365 Burgdorfer Schüler und Schülerinnen. Die Stadt Burgdorf setzt eine aktive und lebendige Bildung um. Bachmann Armin ist überzeugt, dass die Gesellschaft die Musikschule braucht. Es ist

wichtig, dass alle die Möglichkeit auf eine musikalische Bildung haben. Das Finanzielle soll keine Hemmschwelle sein. Bachmann Armin dankt dem SR für sein Engagement und die Unterstützung.

3. Informationen aus dem Gemeinderat

Gemeinderat Kummer Hugo informiert über den Stand der Dinge zum Postulat EVP-Fraktion betreffend Schulwegsicherung Schlossmatt-Brunnmatt. Das am 15. Dezember 2003 vom SR überwiesene Postulat wurde am 18. Dezember 2006 letztmals um ein Jahr verlängert. Die Vollzugsfrist ist am 15. Dezember 2007 abgelaufen. Der GR hat das Anliegen der Postulanten aufgenommen und, gestützt auf ein Studienauftragsverfahren, ein Bauprojekt für die Sanierung und Umgestaltung des Strassenabschnitts von der Grunerstrasse bis zur Lochbachstrasse ausarbeiten lassen. Das Projekt liegt nun inklusive Kreditvorlage vor. Allerdings laufen gegenwärtig noch die Landverhandlungen mit den Anstössern. Sobald diese erfolgreich abgeschlossen sind, soll dem SR voraussichtlich im Februar oder März eine entsprechende Kreditvorlage unterbreitet werden. Der GR hat damit das Anliegen des Postulates erfüllt. Die Abschreibung des Vorstosses wird mit der entsprechenden Vorlage beantragt. Zudem informiert Gemeinderat Kummer Hugo über den verteilten Prospekt betreffend der Kandidatur der Stadt Burgdorf für das Eidgenössische Schwing- und Älplerfest 2013. Seit zwei Jahren wird an diesem Projekt gearbeitet. Der GR war der Meinung, dass einmal ein solcher Grossanlass in Burgdorf durchgeführt werden sollte. Die Idee zur Bewerbung entstand beim Emmentalischen und Oberaargauischen Schwingfest auf der Schützenmatt. Der Grossanlass würde nicht nur Burgdorf, sondern der ganzen Region gut tun. Seit längerer Zeit wird daran gearbeitet. Die Stadt Burgdorf muss nun in eine Kampfwahl, da sich die Stadt Thun ebenfalls beworben hat. Für Burgdorf spricht, dass noch nie ein Eidgenössisches Schwing- und Älplerfest im Emmental stattgefunden hat. In Thun hat dieser Anlass bereits im Jahr 1956 einmal stattgefunden. Die Vorarbeiten benötigen bereits etwas Geld. Im Jahr 2010 wird der Standort entschieden. Die Stadt Burgdorf hat bereits einen Betrag bezahlt. Der GR steht hinter dieser Bewerbung und dem Grossanlass. Im Budget für das nächste Jahr ist ebenfalls ein Betrag vorgesehen. Diese Beträge ruinieren die Stadt Burgdorf nicht. Die Stadt Burgdorf will damit ein Zeichen setzen. Seit 1981, wo das Eidgenössische Jodlerfest durchgeführt wurde, konnte die Stadt Burgdorf keinen solchen Grossanlass mehr durchführen. Der OK-Präsident ist Rappa Francesco.

Gemeinderätin Wisler Albrecht Annette orientiert über die abgeschlossenen Vertragsverhandlungen der Stadt Burgdorf mit Oberburg betreffend Sozialhilfe und Vormundschaft. Ab 1. Januar 2008 wird Burgdorf die Sozialhilfe und Vormundschaft von Oberburg betreuen. Zudem informiert Gemeinderätin Wisler Albrecht Annette über den Umbau der Sozialdirektion. Dieser Umbau ist nicht wegen dem Zusammenarbeitsvertrag mit Oberburg nötig geworden, sondern aus Sicherheitsgründen. Am 18. Januar 2008 findet am Nachmittag ein Tag der offenen Türe statt. An diesem Tag findet vorgängig eine entsprechende Pressekonferenz statt.

4. Eissportstätte; Orientierung

Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz teilt mit, dass nach der Trennung mit Langnau betreffend Eissportstätteplanung der GR eine Eissportstättekommission gegründet hat. Die heutige KEB ist veraltet und die technische Ausrüstung sowie die Bausubstanz sind marode. Die Sanierung und der Ausbau der bestehenden KEB sind teuer, die Platzverhältnisse sind eng und der Standort der Anlage ist aus Immissionsgründen zunehmend problematisch. Der GR hat die Sanierung der heutigen KEB abklären lassen. Es musste aber festgestellt werden, dass eine Renovation nicht sinnvoll ist und womöglich teurer zu stehen kommt als ein Neubau. Der Baurechtsvertrag für die heutige KEB läuft 2013 ab. Die technische Betriebsbewilligung des Kantons beco ist zurzeit nur bis Ende Saison 2007/2008 zugesichert. Es mangelt an verfügbarer Eisfläche in der Region. Die regionale Eissportstätteplanung 2004 hat den Bedarf aufgezeigt. Als Ergebnis geht die regionale Planung davon aus, dass in Burgdorf ein überdachtes und ein offenes Eisfeld nötig sind. Im Sommer 2006 klinkte sich Burgdorf bekanntlich vor allem aus zeitlichen Überlegungen aus der regionalen Trägerschaft der Eissportstätteplanung aus. Die Landsuche für eine Neuanlage erwies sich als schwierig. Nachdem lange Zeit der Standort Neumatt mit seinen bekannten Nachteilen im Vordergrund gestanden hatte, eröffnete sich gegen Ende 2006 unverhofft die Möglichkeit, die Anlage weiter emmeabwärts am Fabrikweg zu situieren. Dieser Standort hat gegenüber der Neumatt klare Vorteile. Aus wettbewerbsrechtlichen Gründen kann die Stadt den Bau einer Eisbahn nicht im Direktverfahren vergeben. Im Frühling 2007 schrieb die Stadt deshalb einen Gesamtleistungswettbewerb mit Präqualifikation aus. Aus 10 Bewerbungen wurden 4 Gesamtleistungsteams ausgewählt, welche in der Folge zur Teilnahme am Wettbewerb eingeladen wurden.

Gefordert wurde sowohl ein architektonischer Entwurf als auch ein verbindlich offerierter Erstellungspreis. Die vier eingereichten Projekte wurden durch Experten sorgfältig überprüft in Technik, Funktionalität, Statik und Kostenangaben. Die eingesetzte Jury beurteilte die Projekte sodann nach den im Programm definierten Kriterien. Die qualifizierte Jury ist in den Unterlagen ersichtlich.

Steiner Ueli, Leiter Baudirektion, orientiert über das Siegerprojekt „a.s.a.p.“. „a.s.a.p.“ heisst „as soon as possible“ und bedeutet auf deutsch „so schnell als möglich“. Angesichts der Dringlichkeit der Ablösung der alten KEB ein passender Name. Der Wettbewerb ist anonym gelaufen. Die Jury wusste nicht wer hinter welchem Projekt steht. Das Siegerprojekt ist als klarer Sieger hervorgegangen. Das Siegerteam steht unter Federführung der Marti Generalunternehmung AG in Bern. Für die Architektur ist das Burgdorfer Büro G+S zusammen mit Jörg+Sturm Langnau verantwortlich und als Bauingenieure fungieren Beyeler Bern und Buschor Burgdorf sowie diverse weitere Spezialisten. Das Projekt setzt sich präzise mit dem bestehenden Kontext auseinander. Die Form des Bauvolumens setzt sich klar von den umliegenden grossvolumigen Bauten ab. Die Halle ist gekonnt in die Landschaft eingebunden, subtil ins Terrain gesetzt und bildet mit dem umliegenden Grünraum ein Ganzes. Dadurch bleibt eine grosse zusammenhängende Fläche des Grundstücks frei. Architektonisch wirkt die um ein Geschoss ins Erdreich versenkte Eishalle vor allem durch ihr gewölbtes Dach. Sie weist optimale Bezüge zur Eisfläche im Freien auf. Eine wesentliche Qualität des Projektes liegt darin, dass es sowohl eigenwillig, als auch selbstverständlich wirkt. Die Parkierung ist geschickt in zwei komplementäre Bereiche gegliedert. Während der lange Parkierungsstreifen asphaltiert ist, sind die restlichen Flächen begrünt befestigt und werden nur bei grossen Veranstaltungen genutzt. Im oberen, ebenerdigen Geschoss findet man die Tribünen und die Verpflegung, im unteren Niveau die Eishalle, die Garderoben, den 2-Rink-Curling sowie technische Räume. Beide Hauptgeschosse verfügen über einen direkten Zugang nach Aussen, wodurch die feuerpolizeilichen Anforderungen stark vereinfacht werden. Das statische Konzept und die konstruktive Ausgestaltung überzeugen. Das Gesamtenergiekonzept besticht durch die einfache und effizient eingesetzte Kälteerzeugung mit Wärmerückgewinnung und Grundwassernutzung. Die Lüftungs- und Heizungsinstallationen verursachen voraussichtlich geringe Betriebs- und Unterhaltsaufwendungen. Die Klimainstallation ist effizient eingesetzt. Das Siegerprojekt ist das kompakteste und volumetrisch kleinste Projekt. Es weist auch die geringsten Gesamtbaukosten auf. Insgesamt hält die Jury das Projekt „a.s.a.p.“ für einen sehr angemessenen und ausgewogenen Vorschlag. Das Projekt „a.s.a.p.“ weist die tiefsten Gesamtkosten aller eingereichten Projekte auf. Die rund 21 Mio. Franken liegen deutlich über den bisherigen Kostenvorstellungen. Die regionale Planung im Jahr 2004 ging von Kosten für Burgdorf und Langnau zusammen von zirka 33 Mio. Franken aus. Sowohl in Langnau als auch in Burgdorf haben sich diese Kostenvorstellungen als nicht tragfähig erwiesen. Die Finanzierung ist damit ganz klar ein Problem, das noch nicht gelöst ist. Ziel ist es, den Kostenanteil der Stadt Burgdorf möglichst auf die im Finanzplan vorgesehene Grössenordnung begrenzt zu halten. Wesentliche Beiträge werden vom Sportfonds, evtl. durch Technikcontracting, durch Sponsoren und Regionsgemeinden erwartet. Wesentliche Einsparungsmöglichkeiten sind nur möglich durch Verzicht auf einzelne Anlageteile oder Abstriche bei der technischen Ausrüstung. Am 9. Januar 2008 ist die Eröffnung der Ausstellung aller Projekte in der Baudirektion geplant. Die Einladung dazu erfolgt zu gegebener Zeit.

Gemeinderätin Zäch Elisabeth informiert, dass der Betrag von 21 Mio. Franken überraschend war, aber kein Schock. In den kommenden Wochen steht eine grosse Herausforderung an. Es muss auf vielen Ebenen vieles gelingen. Im Bereich Marketing, Lobbying und Sponsoring muss die Finanzierung gesichert werden. Es ist selbstverständlich, dass eine Fachfrau oder ein Fachmann nötig ist. Es ist das Ziel, dass die Stadt nicht mehr als vorgesehen belastet wird. Parallel dazu ist es genau so wichtig, dass das Projekt „a.s.a.p.“ unser Projekt wird. Man steht dahinter und hilft mit wo man kann, wie zum Beispiel bei der Finanzierung, der Überzeugungsarbeit oder beim Lobbyieren. Es müssen alle betroffenen Clubs, alle Sportbegeisterten, sämtliche Menschen, denen die Jugend am Herzen liegt, und alle, welche die Stadt und Region als attraktiver Wohnort positionieren wollen sowie die politischen Behörden in Stadt und Region, mithelfen. Die Botschaft muss sein, dass diese Eissportstätte ein Muss ist. Die Eisbelegung 2006/2007 zeigt, dass die grosse Piste 82 Stunden pro Woche, davon 60 Prozent für den allgemeinen Eislauf, also für den Breitensport belegt ist. Die kleine Piste ist 81 Stunden pro Woche, davon 51 Prozent für den allgemeinen Eislauf der Stadt und Region belegt. Die wichtigsten Benutzer sind der EC und EHC Burgdorf sowie der EHC Koppigen, aber auch weitere Benutzer aus der Region. Die Clubs müssen bei der Finanzierung Mitverantwortung tragen und zwar nicht nur als Vereine, sondern auch potente Mitglieder fürs Sponsoring motivieren. Die Vereine müssen bei der Lobbyarbeit mithelfen. Das Projekt zieht sich schon über Jahre hinweg. Das hat den Schwung genommen und auch den Glauben daran, dass es gelingen kann. Jetzt sind die Grundlagen vorhanden, um mit geeinter Kraft zu starten. Dafür brauchen wir alle in Burgdorf und der Region. Die Aufgabe des Projektteams besteht darin, auf verschiedenen Ebenen Möglichkeiten schaffen, damit

sich jeder nach seinen Möglichkeiten, seinen Talenten und seinem Portemonnaie an dieser guten Sache beteiligen kann. Es braucht Hauptsponsoren, Sportfondsgelder, etc., aber genau so sollen sich auch jede Gemeinde, jeder Club und jede Einzelperson einbringen können und zwar mit Freude. Eine solche Kampagne zu lancieren, ist nun unser Job.

Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz teilt mit, dass die Stadt Burgdorf nicht als Bauherrin direkt auftreten wird. Vorgesehen ist die Gründung von zwei Gesellschaften, die „Eis-Liegenschaften AG“ als Bauherrin und Anlageneigentümerin sowie die „Eis-Betrieb AG“ als Betreiberin der Anlagen. Wie geht es weiter? Zunächst ist Lobbyarbeit angesagt. Die externen Finanzierungsbeiträge müssen verbindlich quantifiziert werden. Ziel ist es, die Finanzierung bis im Sommer 2008 gesichert zu haben. Bei der kantonalen Fachstelle beco ist umgehend eine weitere, befristete Verlängerung der Betriebsbewilligung der KEB zu beantragen, um einen Eisunterbruch zu vermeiden. Gleichzeitig ist das Kostenreduktionspotenzial möglicher Projektoptimierungen und Projektvarianten auszuloten. Der SR wird voraussichtlich im März oder April 2008 ein erstes Kreditbegehren für die Ausarbeitung des Auflageprojekts und zum Grundsatzentscheid über die Anlagegrösse vorgelegt bekommen. In dieser Zeit erfolgt ebenfalls die Gründung der „Eis-Liegenschaft AG“ und „Eis-Betrieb AG“. Das Baubewilligungsverfahren sollte im Sommer und Herbst 2008 eingeleitet werden können. Der SR wird voraussichtlich im Herbst 2008 über den Kreditentscheid des städtischen Anteils befinden. Wenn alles gut läuft, soll der Baubeginn anfangs 2009 erfolgen.

Der Stadtrat nimmt die Orientierung zur Kenntnis.

5. Orientierung GPK; Verwaltungskontrolle

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, orientiert, dass es schon bald eine Tradition ist, dass Ende des Jahres von Seite der GPK die Orientierung über die jährliche Verwaltungskontrolle an den SR erfolgt. Aufgrund der verschiedenen Reglemente sind der GPK diverse Aufgaben übertragen, die sie zu erfüllen hat; Vorberatung aller gemeinderätlichen Stadtratsvorlagen, Überwachung der Fristen für die Behandlung und Erledigung von erheblich erklärter Aufträge, Motionen und Postulate und Wahrnehmung der Oberaufsicht über die Verwaltung im Auftrag des SR gemäss Artikel 18 Kommissionsreglement. Die Ergebnisprüfung ist durch NPM eine zusätzliche Aufgabe der GPK sowie die Oberaufsicht über den Datenschutz der Stadt Burgdorf gemäss Kommissionsreglement. Die Verwaltungskontrolle ist also eine der Aufgaben der GPK. Üblicherweise wird pro Jahr eine Direktion ausgewählt und während eines Tages überprüft. Die GPK verfasst über diese Verwaltungskontrolle einen ausführlichen Bericht zu Händen des GR zur sogenannten gut scheinenden Verwaltung. Der SR wird über die Ergebnisse der Verwaltungskontrolle orientiert. Die diesjährige Verwaltungskontrolle fand am 16. August 2007 statt. Anders als in den vergangenen Jahren bestand die Verwaltungskontrolle 2007 nicht im Besuch einer bestimmten Direktion. Die GPK beschloss, die Verwaltungskontrolle in den Dienst des Datenschutzes zu stellen. Der Auslöser dazu war etwas speziell. Im Februar 2006 ging eine Anfrage eines Einwohners von Burgdorf an den Eidgenössischen Datenschützer Thür Hp. bezüglich einer Datenschutzfragestellung in Burgdorf. Diese gelangte über den bernischen Datenschützer Siegenthaler Markus zur Beantwortung an die GPK. Dies war der Grund, dass sich die GPK mit dem Thema Datenschutz intensiver befasste. Die GPK musste dabei feststellen, dass in den vergangenen Jahren der Aspekt der kommunalen Datenschutzaufsicht eher zu kurz kam. An dieser Stelle wird der Artikel 34 des Kantonalen Datenschutzgesetzes KDSG vorgestellt. Aufgaben der Aufsichtsstelle, in Burgdorf also die GPK, sind:

- a. führt das Register der Datensammlungen und deren allfällige Verknüpfungen
- b. überwacht die Anwendung der Vorschrift über den Datenschutz
- c. berät die betroffenen Personen über ihre Rechte
- d. vermittelt zwischen betroffenen Personen und verantwortlichen Behörden
- e. berät die verantwortlichen Behörden in Fragen des Datenschutzes und überwacht die Datensicherung
- f. wahrt die Interessen von Personen, denen keine oder nur beschränkte Auskunft erteilt werden kann
- g. nimmt Stellung zu Erlassen, soweit sie für den Datenschutz erheblich sind
- h. reicht auf Ersuchen von Verfügungs- und Rechtsmittelbehörden Vernehmlassung zu Datenschutzfragen ein
- i. informiert die Öffentlichkeit periodisch über ihre Tätigkeit

Der GR wurde relativ spät am 9. Juli 2007 über das geplante Vorhaben informiert. Gleichzeitig wurde die detaillierte Vorgehensweise mitgeteilt. Ein 9-seitiger Fragebogen ging an die verantwortlichen Lei-

ter aller sieben Direktionen. Damit wurde eine erste Bestandesaufnahme erreicht. Am 16. August 2007 standen der GPK die Direktionsverantwortlichen zum Teil ergänzt mit weiteren Personen der Verwaltung, wie zum Beispiel Grossen Beat, Leiter Informatik, zur Befragung zur Verfügung. Die GPK möchte sich an dieser Stelle bei allen Interviewpartnern für die gute Zusammenarbeit ganz herzlich bedanken. Offene Fragen wurden dann noch im Nachgang abgeklärt und bearbeitet. Die Erkenntnisse wurden wie gewohnt in einem Bericht zusammengestellt. Der GR hat diesen Bericht vor knapp zwei Wochen erhalten. Was sind nun die Erkenntnisse aus dieser Verwaltungskontrolle? Die Stadt Burgdorf verfügt grundsätzlich über einen guten Datenschutz. Im Bereich Informatik ist dies vor allem ein Verdienst von Herrn Grossen Beat, Leiter Informatik. In Bereichen, wo aus Sicht der GPK Handlungsbedarf besteht, wurden dem GR im Bericht Empfehlungen gemacht. Die GPK ist sich bewusst, dass nun alle hier im Saal gerne wissen möchten, wo Handlungsbedarf besteht. Es werden aber alle verstehen, dass es im Rahmen einer öffentlichen Stadtratssitzung nicht möglich ist, inhaltliche Aspekte der Datensicherheit bekannt zu geben. Auch hier gilt Datenschutz. Es ist vorgesehen, dass der GR und die GPK in nächster Zeit direkt zusammensitzt um den Bericht mit den Empfehlungen zu besprechen. Es ist der GPK ein wichtiges Anliegen, dass in Burgdorf spätestens ab Beginn der nächsten Legislatur ein Datenschutz gewährleistet werden kann, der einerseits dem übergeordneten Recht und andererseits technisch und hinsichtlich Bürgerfreundlichkeit den aktuellen Standards entspricht.

Der Stadtrat nimmt die Orientierung zur Kenntnis.

6. Motion SP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Schaffung niederschwelliger Ausbildungen und Arbeitsplätze

Stadträtin Rutschmann Gabriela, namens der SP-Fraktion, orientiert, dass die Berufsausbildung immer anspruchsvoller wird. Für schwächere Schülerinnen und Schüler wird es immer schwieriger ein Ausbildungsplatz zu finden. Ein Grossteil absolviert ein Zwischenjahr, aber was passiert danach? Mit dieser Motion wird der GR aufgefordert, gegen diese Entwicklung etwas zu tun und Zukunftsperspektiven für Jugendliche zu ermöglichen. Diese Motion fordert drei Massnahmen. Erstens sollen in der Verwaltung zusätzliche niederschwellige Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen werden, zweitens sollen Anreize geschaffen werden für lokale Firmen und drittens soll gewährleistet werden, dass Betriebe in der Aufbauphase angemessen begleitet werden. Das Einrichten von neuen Ausbildungsplätzen ist administrativ aufwendig. Die Betriebe sollen dabei unterstützt werden. Manchmal genügt das Vorhanden sein von solchen Ausbildungen noch nicht. Gewisse Jugendliche benötigen nicht nur Begleitung bei der Stellensuche, sondern auch während der Ausbildung. Damit das Lehrverhältnis nicht gleich bei den ersten Problemen aufgelöst wird, braucht es beratende Unterstützung. Warum diese drei Forderungen? Es nützt nichts, wenn solche Ausbildungsplätze geschaffen werden, aber die entsprechenden Anschlusslösungen bzw. Arbeitsplätze nicht vorhanden sind. Es ist wichtig, dass möglichst viele lokale Firmen über dieses Angebot verfügen. Es nützt nichts, wenn solch hoher Aufwand betrieben wird, aber die lokalen Firmen das Angebot streichen. Die Investitionen der Betriebe sind nötig. Der SR wird gebeten, die Motion zu überweisen. Man ist überzeugt, dass dieses Geld für die Zukunft investiert wird.

Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz teilt mit, dass die Stadtverwaltung zur Zeit 13 Lernende ausbildet, 10 Kaufleute und 3 Betriebspraktiker. Im weiteren bietet die Stadtverwaltung in den Bereichen Soziales und Tagesstätte Praktikas an. Im Werkhof der Baudirektion werden Jugendliche des Schulungs- und Arbeitszentrums Lerchenbühl tageweise beschäftigt. Schnupperlehren sind jederzeit möglich. Die insgesamt 10 angehenden Kaufleute durchlaufen in ihrer 3-jährigen Lehre drei Verwaltungsabteilungen. In allen Direktionen sind ausgebildete Fachleute für die Jugendlichen verantwortlich. Bei der Rekrutierung der Jugendlichen wird nebst den notwendigen schulischen Leistungen auch auf die Persönlichkeit Rücksicht genommen. Durch die KV-Revision im Jahre 2003 stiegen jedoch die Anforderungen sowohl an die Jugendlichen wie auch an die Lehrbetriebe. Wenn immer möglich werden aber immer noch mindestens ein Schüler oder eine Schülerin mit Realschulabschluss und 10. Schuljahr berücksichtigt. Seit Lehrbeginn 2004 können im Kanton Bern Lehrstellen als Fachmann/Fachfrau Betriebsunterhalt angeboten werden. Diese Ausbildung richtet sich an Jugendliche der Realstufe, welche eine handwerkliche Lehre absolvieren wollen. Die Stadt Burgdorf hat sofort auf diese neue Ausbildungsrichtung reagiert und bildet seit August 2004 Betriebspraktiker aus. Zur Zeit sind es zwei Lernende Fachrichtung Werkbetrieb und ein Lernender Fachrichtung Hausdienst. Es ist geplant, zukünftig auch im Bereich Hausdienst zwei Lehrstellen anzubieten. Die Anforderungen und Aufgabengebiete im kaufmännischen Bereich haben sich stark geändert. Die reine Sekretärinnenstelle gibt es nicht

mehr. Einfache Korrespondenz, Abschriften ab Diktiergerät oder Handschriftvorlagen fallen nicht mehr an, Ablagearbeiten oder Registraturarbeiten sind mehrheitlich automatisiert. Sachbearbeitung oder Projektverantwortung ist gefragt. Eine sinnvolle Beschäftigung im kaufmännischen Bereich auf dem Niveau niederschwelliger Aufgaben ist kaum mehr möglich. Des Weiteren muss in der Thematik berücksichtigt werden, dass die Stadtverwaltung eine öffentliche Institution mit hohem Kundenkontakt ist. Die Mitarbeitenden sowie Lernenden stehen zum einen im Blickfeld der Öffentlichkeit und zum anderen kommen sie mit vertraulichen und heiklen Daten in Berührung. Verschwiegenheit muss gewährleistet werden können, ebenso ein effizientes und sorgfältiges Umsetzen der Aufgaben. Im handwerklichen Bereich wurden durch die Schaffung von Lehrstellen als Betriebspraktiker Angebote für Real-schüler geschaffen. In diesem Bereich wurden zudem auch bereits Vorlehren angeboten. Die Bereitschaft, im Werkbetrieb weiterhin Vorlehren anzubieten, ist vorhanden. Die Berufsschule ist über die Möglichkeiten orientiert. Einen Beitrag zur Integration ins Berufsleben wird zudem mit der Zusammenarbeit mit dem Schulheim Lerchenbühl umgesetzt. Das Bildungswesen ist auf Stufe Kanton und teilweise auch auf Stufe Bund angegliedert. Die Erziehungsdirektion ist sehr aktiv. Die Thematik für niederschwellige Lehrstellen wird als prioritäre Massnahme behandelt. In der ersten Lehrstellenkonferenz wurde die Problematik der Jugendarbeitslosigkeit mit einer breit abgestützten Vertretung aus allen Berufsgruppen und Branchen diskutiert und die Teilnehmer für die Thematik sensibilisiert. Die Stadt Burgdorf hat mit der Schaffung des Bildungsraums Emme ebenfalls bereits einen ersten Schritt in die koordinierte Zusammenarbeit mit der Volksschule und der Bildungsstufe II aktiv angestossen. Zudem wurden mit der Jugendbeauftragten, den Jugendarbeitern, den Schulsozialarbeitern und der Koordinationsstelle für schulergänzende Angebote Funktionen geschaffen, welche einen grossen Beitrag in der Jugendarbeit leisten. Die Verantwortlichen im Lehrlingswesen beteiligen sich aktiv in der Berufsausbildung. Die Lehrlingsverantwortliche ist Regionalverantwortliche der Überbetrieblichen Kurse Öffentliche Verwaltung und Chefexpertin der Lehrabschlussprüfungen Region Burgdorf. Sie ist massgeblich bei der Schulung der Lernenden sowie der Ausbilder der umliegenden Gemeinden verantwortlich. Verschiedene Mitarbeitende der Stadtverwaltung unterrichten Modulkurse in den Überbetrieblichen Kursen. Der Leiter Werkbetrieb ist Präsident und Prüfungsleiter der Betriebspraktiker-Lernenden und verschiedene Hauswarte beteiligen sich aktiv an den Lehrabschlussprüfungen. Zudem betreuen sie jeweils einen Informationsstand an der Berner Ausbildungsmesse BAM. Die Stadtverwaltung ist in der Berufsbildung sehr aktiv. Neue Angebote auf dem Lehrstellenmarkt werden geprüft und wo möglich umgesetzt. Die Verantwortlichen für die Berufsbildung sehen aber keine Möglichkeiten, im Bereich Kaufleute eine Attestausbildung anzubieten. Im handwerklichen Bereich werden bereits verschiedene Angebote bereitgestellt. Werden weitere Möglichkeiten für eine sinnvolle Beschäftigung erkannt, werden diese wenn möglich umgesetzt und angeboten. Die Anreize für Firmen können nach Ansicht des GR nicht auf Stufe Gemeinde erfolgen, sondern müssen durch übergeordnete Stellen organisiert und koordiniert werden. Burgdorf hilft gerne mit und prüft mögliche Anreizsysteme. Der GR erklärt sich jedoch bereit, den Vorstoss in Form eines Postulates entgegenzunehmen und die Prüfung der angestossenen Projekte des Kantons zu verfolgen.

Stadtrat Aeschlimann Martin, namens der EVP-Fraktion, informiert, dass mit diesem Anliegen eine wunde Stelle der Gesellschaft getroffen wurde. Die Arbeit spielt in unserer Gesellschaft eine zentrale Rolle. Die Arbeit sichert unseren Lebensunterhalt. Trotz des gegenwärtigen Aufschwungs bleiben die schwächeren Jugendlichen auf der Strecke. Die Konsequenzen sind schlussendlich die Steigerung der Sozialhilfekosten. Man hat sich überlegt, was die Folgen der ausgrenzenden Integrationspolitik sind. Die Eltern mit genügendem Einkommen schicken ihre Kinder in andere Schulen oder wechseln das Wohnquartier. Die EVP-Fraktion hat für die Stossrichtung der Motion Verständnis. Mit dem ersten Abschnitt des Wortlauts kann sich die EVP-Fraktion einverstanden erklären. Allerdings hat die EVP-Fraktion mit den zwei weiteren Forderungen den Eindruck erhalten, dass diese zu weit gehen. Mit diesen Forderungen werden für die Stadt Kosten generiert, welche in Sachen Höhe und Effizienz fraglich sind. Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung ist man nicht sicher, ob die Stadt Burgdorf Einfluss nehmen kann auf die Arbeitspolitik der Firmen. Die EVP-Fraktion kann die Motion mit diesem Wortlaut nicht unterstützen. Die EVP-Fraktion unterstützt den ersten Teil des Wortlauts oder das Postulat.

Stadtrat Friedli Daniel, namens der SVP-Fraktion, orientiert, dass bereits viel von Stadtrat Aeschlimann Martin gesagt wurde. Die SVP-Fraktion hat sich mit dem Anliegen der Motion auseinandergesetzt. Der erste Absatz kann, sofern möglich, unterstützt werden. Es ist nicht nötig, dass Anreize geschaffen werden. Die Industrie und das Gewerbe bieten mit den jeweiligen Berufsverbänden solche Ausbildungsplätze an. Die Strukturen sind bereits vorhanden. Das Baugewerbe bietet zum Beispiel bereits eine Vorlehre an. Es ist als Firma schwierig eine fehlende Motivation aufrecht zu erhalten. Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab. Ein Postulat kann jedoch unterstützt werden.

Stadtrat Muster Adrian, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass die Motion ebenfalls diskutiert wurde. Im wesentlichen kann man der Argumentation des GR folgen. Es ist schwierig, solche Ausbildungsplätze zu organisieren und zu schaffen. Die Motion würde beträchtliche Mittel auslösen, welche die Verwaltung bereit stellen müsste. Solche Arbeitsstandards müssten zum Beispiel mit dem RAV erfolgen und nicht durch die Stadt im Alleingang. Die Zusammenarbeit mit der Burgdorfer Wirtschaft funktioniert schon seit längerer Zeit sehr gut. Das Thema ist wichtig und muss immer präsent sein. Die Motion kann nicht unterstützt werden. Die SP-Fraktion wird gebeten, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Das Postulat wird unterstützt.

Stadträtin Mumenthaler Mirjam, namens der GFL-Fraktion, dankt für die ausführlichen Ausführungen betreffend Lehrlingsausbildung bei der Stadt Burgdorf. Die GFL-Fraktion unterstützt die Motion der SP-Fraktion. Es geht nicht darum, dass grosse Kosten ausgelöst werden, sondern um die Unterstützung der Firmen bei den Aktivitäten. Der SR wird gebeten, die Motion zu überweisen.

Stadträtin Rutschmann Gabriela, namens der SP-Fraktion, ist grundsätzlich mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

Die Motion wurde begründet und vom Gemeinderat beantwortet. Der Vorstoss wurde in ein Postulat umgewandelt und einstimmig an den Gemeinderat überwiesen.

7. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Vergabe öffentlicher Aufträge

Seitens der Interpellanten werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Grimm Markus informiert, dass grundsätzlich für die Vergabe von öffentlichen Beschaffungsaufträgen die kantonale Gesetzgebung (Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen ÖBG 731.2 sowie die zugehörige Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen ÖBV 731.21) gilt. Die Stadt Burgdorf hat keine eigene Submissionsordnung mehr. In diesen Gesetzesgrundlagen sind die massgebenden Schwellenwerte für das Beschaffungsverfahren geregelt (Freihändiges Verfahren, Einladungsverfahren, offenes Verfahren). Bei Bagatellaufträgen erfolgt die Vergabe meistens im freihändigen Verfahren an Ortsansässige. Dabei hält sich die Stadt nach Möglichkeit an das Gebot der so genannten billigen Abwechslung. Zu diesem Zweck wird zum Beispiel auf der Baudirektion eine Liste geführt – Vergabungskontrolle. Selbstverständlich werden auch vergangene Erfahrungen mit berücksichtigt. In der gleichen Liegenschaft werden jeweils möglichst dieselben Unternehmer eingesetzt wegen der Baukenntnis. Oft werden jedoch auch dann mehrere Offerten eingeholt, wenn an sich das freihändige Verfahren noch möglich wäre. Bei Ausschreibungen auf Einladung erfolgt die Vergabe nach offeriertem Preis. Es werden wenn möglich nur Unternehmungen eingeladen, die wir kennen und mit denen gute Erfahrungen gemacht wurden. Bei öffentlichen Ausschreibungen erfolgt die Vergabe gemäss dem in den Submissionsunterlagen publizierten Bewertungsschema. Die Selbstdeklaration mit Beilagen wird genaustens überprüft. Neben dem Offertpreis wird regelmässig auch die Qualifikation der Firma, die Qualifikation des Schlüsselpersonals und die Bonität der Firma berücksichtigt. Wo möglich wird dem lokalen Gewerbe den Vorrang gegeben. Die Stadt Burgdorf kennt keine Burgdorfer Unternehmung mit unsozialen und unzeitgemässen Arbeitsbedingungen. Bei auswärtigen und unbekannt Firmen werden im Zweifelsfall Referenzen via Verbandssekretariate eingeholt. Auf dem jeweils einzureichenden Beilageblatt Selbstdeklaration müssen die Bewerber unter anderem bestätigen, dass sie alle Sozialabgaben bezahlt haben und die gesetzlichen Arbeitsbestimmungen einhalten. Die Stadt Burgdorf hat nur beschränkte Kontrollmöglichkeiten betreffend Einhaltung von branchen- und ortsüblichen Arbeitsbedingungen und Löhne. Falls eine Firma schlechte Arbeitsbedingungen hat, spricht sich dies meistens von selbst herum. In Zweifelsfällen erkundigt sich die Stadt Burgdorf beim entsprechenden Verband und holt Referenzen ein. Bisher hat die Stadt Burgdorf nur beim Doppelkindergarten Choserfeld eigene Erfahrungen mit Totalunternehmungen TU gesammelt. Dort wurden die Arbeiten mit Ausnahme Minergieheizung und –lüftung ausschliesslich durch ortsansässige Firmen ausgeführt. Sonst wie erwähnt keine Erfahrung mit TU und demzufolge bisher auch keine Kontrollinstrumente. Dazu fehlt auch eine klare Rechtsgrundlage. Die Stadt Burgdorf erachtet die in der Frage 6 verlangte Vorschrift bzw. Auflage als nicht nötig. Es wird auf die Selbstdeklaration der Unternehmen hingewiesen. Es droht Ausschluss von solchen Firmen bei Bekanntwerden von Unsauberkeiten.

Die Interpellation wurde begründet und vom Gemeinderat beantwortet. Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

8. Interpellation der SP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Tempo 30 in den Quartieren und Begegnungszonen vor den öffentlichen Kindergärten und Schulen

Stadtrat Biedermann Peter, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass die Verkehrssicherheit ein zentrales Thema ist. Tempo 30 und Begegnungszonen sind eine Möglichkeit die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Grundsätzlich ist man der Meinung, dass die Begegnungszonen grosszügiger ausgelegt werden können. Daneben sind noch Massnahmen in Bezug auf die Schulwegsicherheit notwendig. Zudem erhofft man sich eine Besserung durch die Sanierung der Ortsdurchfahrt. Das Projekt Tempo 30 läuft bereits seit einiger Zeit. Die SP-Fraktion ist deshalb gespannt auf die Schlussfolgerungen und die weitere Strategie des GR.

Gemeinderat Grimm Markus informiert, dass nach der Mitwirkung zum Projekt Tempo 30 feststand, dass ein quatiervetraglicher Verkehr als richtig erachtet und Verkehrsberuhigung begrüsst werden. Jedoch bestehen sehr unterschiedliche, subjektiv geprägte Wahrnehmungen und Interpretationen, wo Verkehrsberuhigung angesagt ist und was sie genau beinhalten soll. Deshalb beschloss der GR den Versuch Lebensraum Quartier als neuen Ansatz. Es handelt sich hier um eines der ersten partizipativen Projekte im Bereich der Verkehrsplanung in der Stadt Burgdorf. Dialog statt Anzeige. Im Projekt Lebensraum Quartier soll Konsens über den Handlungsbedarf innerhalb des Quartiers erzielt werden, bevor Massnahmen geplant werden. Deshalb liegt die Federführung des Projektes beim Quartier. Lebenszeichen statt Vorschriften. Bei den Massnahmen sollen einerseits möglichst wenig Vorschriften und Verbote getroffen werden, es wird auf dem Koexistenz-Ansatz der Begegnungszone aufgebaut. Andererseits soll der Erkenntnis Rechnung getragen werden, dass die Gestaltung des Strassenraumes das Geschwindigkeitsverhalten der Verkehrsteilnehmenden wesentlicher beeinflusst, als die gesetzlichen Vorschriften es tun. Das Projekt Lebensraum Quartier wurde in zwei Quartieren, dem Meiefeld und dem Nordquartier, gestartet. Im Quartier Meiefeld wurde das Projekt Mitte 2006 gestartet. Erste Massnahmen im Strassenraum wurden Ende 2006 realisiert. Das mit viel Engagement der beteiligten Quartierleute gestartete Projekt geriet ins Stocken, nachdem ein Teil der Quartierbewohner, die sich anfänglich nicht am partizipativen Prozess beteiligt hatten, sich kritisch zu den getroffenen Massnahmen äusserten und die Wiederherstellung des alten Zustands verlangten. Im November 2007 wurde das Projekt formell beendet, nachdem eine Mehrheit der Quartierbewohner und –bewohnerinnen im Rahmen einer Befragung des Quartiervereines wünschten, dass das Projekt nicht weitergeführt wird. Die relativ kurze Projektdauer von knapp einem Jahr lässt keine schlüssige Beurteilung über die längerfristigen Erfolgchancen des neuen Projektansatzes zu. Im Nordquartier wurden erste Massnahmen im August 2007 realisiert. Das Projekt ist im Quartier breiter abgestützt. Trotzdem zeigen sich ähnliche Widerstände wie im Meiefeld. Der Einbezug der Bevölkerung in solchen Projekten ist für alle Beteiligten Neuland. Solche Vorgehen erfordern Zeit. Allerdings lässt bereits heute sagen, dass die damit ausgelösten Prozesse über das eigentliche Projekt hinaus positive Wirkungen zeigen. Erste Ergebnisse über die Wirkung der von den Quartierbewohnerinnen und –bewohnern erarbeiteten Massnahmen sind etwa Mitte nächstes Jahr zu erwarten. Wie bereits gesagt, fehlen heute Erfahrungen um die Frage 3 beantworten zu können. Allerdings hat die Mitwirkung zum Tempo 30 Projekt gezeigt, dass zwar Verkehrsberuhigungsmassnahmen grundsätzlich erwünscht sind, allerdings sollten diese nach Auffassung der Betroffenen auf die quartierspezifischen Besonderheiten und insbesondere auf die individuellen Wünsche der Grundeigentümer Rücksicht nehmen. Es wurde im Projekt Tempo 30 vorgeschlagen, vor allen öffentlichen Kindergärten und Schulen klar ersichtliche Begegnungszonen einzurichten. Die Meinungen der Betroffenen dazu waren geteilt. Grundsätzlich ist dies aus Sicht des GR nach wie vor ein prüfenswerter Ansatz. Dabei sollte beachtet werden, dass die Begegnungszone Teil des ganzen Schulweges ist. Die Baudirektion hat die neuralgischen Punkte bezüglich aller Verkehrsarten erfasst. Dabei wurden sowohl die eigenen Erkenntnisse, wie die von Dritten gemeldeten, kritischer Orte erfasst. Im Zusammenhang mit Bauprojekten werden neuralgische Punkte überprüft und wo notwendig Massnahmen getroffen.

Die Interpellation wurde begründet und vom Gemeinderat beantwortet. Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

9. Interpellation der SP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Anschlusslösungen der Burgdorfer Schüler / Schülerinnen nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit an der Volksschule

Stadtrat Haller Dieter, namens der SP-Fraktion, orientiert, dass es bei der Interpellation um die Jugendarbeitslosigkeit geht. Sinn dieser Interpellation ist, dass Zahlen vorgelegt werden, wie viele Abgänger der Volksschule ohne Anschlusslösung dastehen. Im weiteren möchte man wissen, was die Volksschule, aber auch der Sozialdienst unternimmt. Die SP-Fraktion dankt für die schriftlich abgegebene Stellungnahme des GR.

Gemeinderätin Zäch Elisabeth informiert, dass die Interpellation ein brisantes Thema aufgreift. Wenn einem Jugendlichen der Übergang von der Volksschule in die Lehre oder eine weitere Schule nicht gelingt, ist es gravierend und kann die Zukunft des Jugendlichen schwer beeinträchtigen. Deshalb lohnt es sich, immer wieder zu schauen, wo die Stadt Burgdorf in Sachen Jugendlichen steht und wie die Situation aussieht. Die Stellungnahme des GR wurde dem SR schriftlich abgegeben, weil es transparenter ist, wenn die Zahlen und Statistiken schriftlich vorliegen. Im 2007 stand nur ein junger Mensch ohne Lösung da. Dafür haben aber deutlich mehr ein Zwischenjahr absolviert. Wie sieht es aber nach diesem Zwischenjahr aus? Haben alle eine Anschlusslösung gefunden? Es ist klar, dass der Druck bleiben muss um das Angebot an Attestausbildungen zu erweitern. Das Anliegen wird in der Volksschulkommission immer wieder von Seiten der Lehrpersonen der Kleinklasse eingebracht. Alles was die Berufsbildung betrifft, ist auf kantonaler Ebene angesiedelt. Sowohl die Volksschulkommission als auch der GR könnten also erklären, dass was ab der neunten Klasse mit den Jugendlichen passiert, Sache des Kantons ist. Selbstverständlich ist das nicht so. Wo man helfen und anpacken kann, wird auch auf städtischer Ebene mitgeholfen. Die Stadt Burgdorf verspricht sich viel von der Schulsozialarbeit und der Jugendarbeit. Die Jugendarbeitende hat schon öfters geholfen, die Jugendlichen nach der 20. oder 21. Absage zu motivieren und weitere Bewerbungen zu schreiben. Wenn seitens der Volksschulkommission, der Fachstelle oder auch seitens des SR neue Ideen vorgebracht werden, wie die Stadt sinnvoll aktiver werden kann, ist man nicht abgeneigt. Ein Schulabgänger auf der Strasse ist himmeltraurig und darf eigentlich nicht passieren.

Die Interpellation wurde begründet und vom Gemeinderat beantwortet. Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

10. Interpellation der GFL- und SP-Fraktion betreffend Situationsanalyse und Bericht „Gewalt in Burgdorf?“

Stadtrat Penner Nadaw, namens der SP- und GFL-Fraktion, dankt für die ausführlich und schriftlich abgegebenen Stellungnahme des GR. Eigentlich ist die Idee, die Situation bezüglich Gewalt und Rechtsextremismus in Burgdorf durch eine objektive und qualifizierte Fachperson zu beurteilen und Massnahmen auszuarbeiten, sehr gut. Die nicht immer zu 100% korrekte Berichterstattung der grössten Berner Tageszeitung zu diesen Themen sind durch die fachliche Interpretationsgeilheit die tatsächlichen Realitäten verzerrt worden oder untergegangen. Die Stadt Burgdorf hat sich ebenfalls schwer getan mit diesem Thema. Der Befund, dass es in Burgdorf nicht mehr Gewalt gibt als anderswo, ist positiv, so dass nicht in einer ersten Hysterie überall Überwachungskameras installiert werden müssen. Störend ist aber, wie der Befund und Bericht entstanden ist. Warum der Bericht nicht einen minimalen wissenschaftlichen Standard genügt, wurde bereits im Sommer ausführlich dargelegt. Herr Kettiger Daniel hat ebenfalls auf diese Problematik hingewiesen. Wenn der Stadtpräsident und Stadtschreiber im Bericht belehrend sind, wird dies mit Befremden zur Kenntnis genommen. Die Stadt Burgdorf hat wesentlich mehr als die Fr. 13'000.-- zur Verfügung. Sie sollten deshalb weniger Ignorant sein und sich kritisch mit diesem Bericht auseinandersetzen. Kritische Menschen sind das Lebenselixier unseres demokratischen Staats. Wenn der GR zu seinem Vorgehen Loyalität fordert, ist dies staatspolitisch gefährlich, besonders wenn man dies ebenfalls vom GPK-Sekretär fordert. Die Stadt Burgdorf betont immer wieder, dass kein wissenschaftlicher Bericht verlangt wurde, aber warum hat man einen Herrn Professor Doktor engagiert. Dieser Herr hat noch keinen Bericht zu diesem Thema veröffentlicht. Der teure Akademiker wäre also nicht nötig gewesen. Wenn die Stadt Burgdorf wirklich einen objektiven Bericht einer aussenstehenden Person gewollt hätte, wäre es besser gewesen, die Interviewpartner nicht selber zu bestimmen und die Forschungsarbeit mit einer Kontrollgruppe zu prüfen. Mit dieser Vorgehensweise hat der GR seine Bestrebungen zunichte gemacht. Es wirkt fast so, als ob der GR eine weisse Weste möchte, statt die Problematik seriös zu untersuchen. Wenn die

Stadt Burgdorf keinen wissenschaftlichen Bericht anstrebt, hätte ein Bericht wie zum Beispiel der Verwaltungsbericht gereicht. Der Bericht lässt offen, wie Professor Guggenbühl zu seinen Schlussfolgerungen kommt.

Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz geht auf die erneuten Diffamierungen des GR nicht ein. Der Sprecher hat sich selber qualifiziert. Die Stellungnahme des GR liegt schriftlich vor. Der GR ist und bleibt gegen jede Form von Gewalt und wehrt sich gegen jegliche Form von Gewalt. Das gleiche gilt ebenfalls für Vandalismus und Schmierereien. Das vermehrte Auftreten von Gewalt in der ganzen Schweiz, vor allem in der Jugendszene, ist ein sehr ernsthaftes, gesellschaftliches Problem und betrifft alle Mitbürger. Der Staat und die Behörden können dieses Problem nicht alleine lösen. Das vergangene Politjahr in Burgdorf war leider sehr stark geprägt durch Misstrauen, Beschimpfungen und Verdächtigungen, wie dies zum Teil leider in der Fragestellung der Interpellation zum Ausdruck kommt. Der GR will im nächsten Jahr alles daran setzen, damit auch im Wahljahr, offene, faire und transparente Politik gemacht wird. Man ist gegen Oppositionspolitik und Obstruktion. Wir alle sind vom Volk gewählt und müssen gute Kompromisslösungen für die Zukunft von Burgdorf vertreten. „Zürigeschnetzelt“ macht Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz Bauchweh.

Die Interpellation wurde begründet und vom Gemeinderat beantwortet. Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme nicht befriedigt.

11. Wahl des Stadtratsbüros für das Jahr 2008

➤ der Präsidentin / des Präsidenten

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, schlägt Rauch Wilhelm als Stadtratspräsident vor.

Einstimmig wird Herr Rauch Wilhelm zum Stadtratspräsidenten gewählt.

➤ der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten

Stadtrat Friedli Daniel, namens der SVP-Fraktion, schlägt Leibundgut Remo als 1. Vizepräsident vor.

Einstimmig wird Herr Leibundgut Remo als 1. Vizepräsident gewählt.

➤ der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten

Stadtrat Jakob Beat-U., namens der EVP-Fraktion, schlägt Aeschlimann Martin als 2. Vizepräsident vor.

Einstimmig wird Herr Aeschlimann Martin als 2. Vizepräsident gewählt.

➤ von 2 Stimmenzähler

Stadtrat Leibundgut Remo, namens der SVP-Fraktion, schlägt Rosser Bruno als Stimmenzähler vor.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, schlägt Rufenacht Andrea als Stimmenzählerin vor.

Einstimmig werden Herr Rosser Bruno und Frau Rufenacht Andrea als Stimmenzähler gewählt.

12. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Es werden folgende Parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag SP Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Schaffung niederschwelliger Ausbildungs- und Arbeitsplätze
- Auftrag SP Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Konzept Anreiz zur Schaffung niederschwelliger Ausbildungs- und Arbeitsplätze
- Motion Regina Mumenthaler betreffend Lärmschutzmassnahmen Eisenbahnlinie durch das Einungerquartier
- Dringliche Interpellation Christoph Grimm betreffend Umbauarbeiten an der Zähringerstrasse (Das Büro des Stadtrates lehnte die Dringlichkeit ab.)
- Interpellation SP Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Engagement der Gemeinde Burgdorf im neuen Verein „Region Emmental“ per 1. Januar 2008

Stadratspräsident Dr. Zurbrügg Christoph zum Rücktritt von Grimm Markus aus dem Gemeinderat:

„Ich habe die Pflicht, aber auch die Freude und Ehre Gemeinderat Grimm Markus im Namen der Stadt Burgdorf an dieser Stelle als Gemeinderat zu verabschieden. Eigentlich könnte ich die Abschiedsworte improvisieren. Ich habe nämlich seit mindestens 25 Jahren in den verschiedensten Funktionen mit ihm eng und locker zusammen gearbeitet. Immer haben sich unsere Wege gekreuzt oder wir sind zusammen gegangen. Natürlich hat die Zugehörigkeit zur gleichen Partei viel dazu beigetragen. Aber beispielsweise die lange ARA-Zeit und die vielen Bau- und Planungsgeschäfte, die wir in unterschiedlichen Funktionen zusammen zu bearbeiten hatten, waren völlig unabhängig von der FDP. Aus meiner Sicht eine deiner grössten Leistung war die Grundrechtliche Bauordnung der Stadt Burgdorf. Diese hast du trotz vielen Widerständen bis zur erfolgreichen Volksabstimmung gebracht. Nicht immer waren wir gleicher Meinung, immer haben wir uns gefunden und nie hatten wir persönliche Differenzen. Ich habe an dir, Markus, immer geschätzt, dass du direkt und unzimperlich kommuniziert hast. Die Sache war dir immer wichtiger als die Gesichter. Das hast du auch so gehalten in diesem Gremium als Stadtrat, als Mitglieder der GPK, als Präsident des Stadtrates und dann vor allem als Gemeinderat. Du hast eine lange Liste von politischen und gemeinnützigen Ämtern vorzuweisen. Ich verzichte darauf, diese hier im Detail zu erläutern. Ich erwähne aber gerne noch deinen grossen Einsatz bei der Spitex, Pro Senectute und bei der Alterssiedlung Alpenblick. Als du mir deine Demission als Gemeinderat persönlich mitgeteilt hast, habe ich dir zum Ersten zur Demission gratuliert. Es zeugt von Grösse als Mensch, dass du deine psychischen und mentalen Grenzen erkannt hast, bevor es zu spät ist. Ich danke dir im Namen der Stadt Burgdorf für deinen grossen Einsatz in den zahlreichen Gremien, in denen du dank deines Macher-Charakters viel zum Positiven bewegt hast. Und ich wünsche dir und deiner Frau Gemahlin alles Gute und viel mehr Musse in eurer nach-politischen Zeit, die jetzt anbrechen wird.“

Gemeinderat Grimm Markus teilt mit, dass er nach 32 Jahren politischer Tätigkeit per Ende 2007 zurücktritt. Er ist in Burgdorf geboren und lebt seither in Burgdorf. Er hat sich während seiner Tätigkeit immer für die Sache eingesetzt. Bei seiner Tätigkeit hat er immer zuerst an das Wohl der Bürgerinnen und Bürger von Burgdorf gedacht, hat sich nie vom politischen Ränkespiel verunsichern lassen und ist seinen Weg gegangen. Zudem hat er die positive Entwicklung von Burgdorf als Leitmotiv genommen. Rückblickend kann festgehalten werden, dass es zwar nicht immer einfach war, aber dafür eine schöne Zeit. Für diese Zeit ist er dankbar und möchte sie auch nicht missen. Es hat viele schöne Begegnungen gegeben und interessante Arbeit, Erfahrungen und Erkenntnisse gebracht. Er durfte 32 Jahre die Entwicklung der Stadt mitgestalten. Er dankt allen für das entgegengebrachte Vertrauen. Die letzten sieben Jahre im GR waren intensiv, aber interessant. Das Ressort Baudirektion ist wohl das interessanteste Ressort. Er durfte bei vielen wichtigen Aufgaben, wie zum Beispiel ESP Bahnhof, Schulhäuser, Bus, etc., mithelfen und erfolgreich bearbeiten. Dies wäre aber nicht möglich gewesen ohne die Baudirektion im Rücken. Die Baudirektion arbeitet kompetent, effizient und zielgerichtet. Die Stadt Burgdorf und die Behörden können sich stolz fühlen, so viele gute Mitarbeitende zu haben, darum muss man Sorge tragen zu diesen Menschen. Insbesondere dankt er für die hervorragende Arbeit mit Herr Steiner Ueli, Leiter der Baudirektion, und der Geschäftsleitung der Baudirektion. Die Zusammenarbeit war schön. Ab dem 1. Januar 2008 wird Grimm Markus zwar nicht mehr aktiv in der Politik tätig sein, aber das politische Geschehen in Burgdorf weiterhin verfolgen. Die Stadt Burgdorf hat sehr gute Chancen im Standortwettbewerb. Es stehen viele wichtige Entscheide an in den nächsten Monaten und Jahren, welche Burgdorf wesentlich beeinflussen. Es werden Weichen für die Zukunft gestellt. Die Entwicklung endet nicht am Ende der Legislatur. In der Politik muss immer die positive Entwicklung von Burgdorf die Grundlage sein. Grimm Markus dankt allen, welche ihn während dieser Zeit unter-

stützt haben. Im speziellen dankt er seiner Familie, den Mitgliedern des SR und GR und den Stimmbürgern. Seinem Nachfolger wünscht er viel Befriedung. Grimm Markus freut sich auf den neuen Lebensabschnitt. Der Stadt Burgdorf wünscht er weiterhin gutes Gedeihen.

Stadtrat Kolb Martin informiert, dass ein Fossil, ein Urgestein der Burgdorfer Politik auf Ende Jahr in Pension tritt. Die Würdigung von Grimm Markus fällt schwer. Man weiss nicht wo anfangen, weil Grimm Markus viele Engagements wahrgenommen hat. Grimm Markus war 17 Jahre in der Fürsorgekommission tätig sowie in der Spitex, im Stiftungsrat der Pro Senectute, um nur ein paar wenige zu nennen. Alle diese Tätigkeiten beweisen die fürsorgliche Ader für benachteiligte Personen. Grimm Markus hat sich bei vielen Tätigkeiten engagiert und eingesetzt. Als Mitglied des SR war Grimm Markus von 1989 bis 2000 tätig gewesen. Während dieser Zeit war er 4 Jahre Mitglied der GPK und im Jahr 1999 noch Stadtratspräsident. Seit 2001 war Grimm Markus im GR tätig und scheidet per Ende Jahr 2007 auf eigenen Wunsch aus. In all diesen Jahren hat Grimm Markus mit seiner Sachkenntnis, der Dossiersicherheiten, dem strukturierten Denken und der Beharrlichkeit überzeugt. Er verdient uneingeschränkte Achtung und Anerkennung. Die FDP Burgdorf und die FDP- und JF-Fraktion danken Grimm Markus für sein Engagement für Burgdorf, für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Partei. Für die Zukunft wünscht man ihm und seiner Familie nur das Beste.

Stadtratspräsident Dr. Zurbrügg Christoph dankt Rauch Wilhelm für seine Unterstützung, den Durchblick in den Geschäften, im Rat und im Dschungel des New Public Managements. Die Glaskugel soll weihnächtliche Freude bringen. Sie soll aber auch ein Symbol sein für Durchblick, den man bei den Geschäften des SR haben muss. Der Vorsitzende dankt im weiteren den beiden Stimmenzählern Rüfenacht Andrea und Rosser Bruno. Die Stimmenzähler haben eine wichtige Funktion. Wenn es nicht klappt, kommt der Präsident ins Schwimmen. Zudem dankt er Henzi Brigitte. Sie arbeitet im Hintergrund und ohne sie wäre keine geordnete Stadtratssitzung möglich. Vor und nach der Sitzung steht sie dem Präsidenten bei und macht auch auf Formales und Inhaltliches aufmerksam. Für den Präsidenten und damit für den SR eine ausserordentlich wichtige Funktion. Der Dank gilt auch Schenk Roman für seine Unterstützung im Rat, aber besonders auch bei den Vorbesprechungen sowie den gut organisierten Informationsanlass im August. Stadtratspräsident Dr. Zurbrügg Christoph dankt kollektiv den Mitgliedern des SR für die grosse Arbeit im Rat, in Kommissionen, Arbeitsgruppen oder an runden Tischen, dem gesamten GR für seine Präsenz während der Stadtratssitzungen und für die gute Zusammenarbeit, der ganzen Verwaltung für die sicher nicht immer einfache Zusammenarbeit mit dem SR, sowie den Medienschaffenden für die gute Berichterstattung. Zuletzt, somit besonders hervorgehoben, dankt der Vorsitzende allen Mitgliedern der GPK für ihre seriöse, aufwendige und wertvolle Vorprüfung der Stadtratsgeschäfte. Die GPK gibt dem Ratspräsidenten eine ganz grosse Sicherheit bei der Vorbereitung der Geschäfte, aber auch bei der Behandlung im Rat.

Stadtratspräsident Dr. Zurbrügg Christoph gibt neben seiner Demission die Rücktritte von Wenger Annelies, SVP, Kolb Martin, FDP, und Mbiti Verena, GFL, aus dem SR bekannt. Die Nachfolge im SR tritt Schächli Evelyn, FDP, Gübeli Thomas, SVP, und Ritter Michael, FDP, an. Die Nachfolge bei der GFL ist noch nicht definitiv. Die nächste Stadtratssitzung findet am 4. Februar 2008 statt.

Schlussrede Stadtratspräsident Dr. Zurbrügg Christoph

„Jetzt hätte ich eigentlich die Gelegenheit, nochmals grundsätzlich und rückblickend zum versammelten SR und GR sowie zur Presse zu sprechen. Die Verlockung ist gross, denn als Präsident hatte ich mich strikte aus der politischen Diskussion im Rat herauszuhalten. Gerne hätte ich mich insbesondere zu den Finanzen geäussert. Die Finanzentwicklung scheint mir eines der grössten Probleme der Stadt in Zukunft zu sein. Optimal investieren und sinnvoll sparen, wird die Devise sein. Doch ich verzichte auf eine Schlussrede. Ich habe stets vorwärts geschaut und ich gebe nicht viel auf Rückblicke. Ich habe irgendwo ein auf meine Geisteshaltung zutreffendes Zitat aufgeschnappt. Dieses möchte ich an den Schluss meines Amtsjahres stellen: „Wer beim vorwärts gehen zurück schaut, der stolpert.“ Ich möchte grundsätzlich nicht stolpern, auch nicht als abtretender Politiker. Ich wünsche allen schöne Festtage und ein gutes Jahr 2008!“

Stadtrat Rauch Wilhelm fühlt sich geehrt, das Amt des Stadtratspräsidenten von Zurbrügg Christoph zu übernehmen. Es wird nicht ganz einfach sein, denn Zurbrügg Christoph hat anfangs Jahr gesagt, dass er dieses Amt als Spielleiter und Schiedsrichter versteht. Zurbrügg Christoph hat das Amt des Stadtratspräsidenten souverän gemeistert und den Rat souverän geleitet. Dafür dankt ihm die Stadt Burgdorf sowie der SR ganz herzlich und überreicht ihm das Geschenk der Stadt Burgdorf. Zudem wird ihm für seine Arbeit und das Engagement gedankt.

Stadtrat Kolb Martin dankt Zurbrügg Christoph für seine Arbeit und sein Engagement. Zurbrügg Christoph war 12 Jahre Präsident der Bau- und Planungskommission, 10 Jahre in der Kommission der IBB, 5 Jahre Präsident der Delegiertenversammlung der ARA und 10 Jahre in der Verwaltungskommission. Zudem war er 2 Jahre Präsident der FDP. Seit 1995 ist er Mitglied des SR und in diesem Jahr hat er seine politische Laufbahn mit dem Amt des Stadtratspräsidenten gekrönt. Es handelt sich dabei um eine unglaubliche Vielfalt an Tätigkeiten. Für Zurbrügg Christoph war es wichtig, dass immer Rücksicht genommen wird auf Minderheiten, politisch tragfähige Lösungen gefunden werden und Vertretung einer freiheitlichen Staatsordnung. Die FDP Burgdorf dankt ihm für sein Jahrzehntes unermüdliches Schaffen und Wirken. Für die Zukunft nur das Beste und gute Gesundheit.

Stadtrat Kolb Martin gibt bekannt, dass Stadtrat Muster Adrian sein Amt als Fraktionschef per Ende 2007 abgegeben hat. Muster Adrian ist aufgefallen durch seine seriöse Vorbereitung, seine Verlässlichkeit, seine klaren Voten und seine Berechenbarkeit. Er ist weit über die Parteigrenzen hinweg angesehen. Die FDP Burgdorf sowie die FDP-Fraktion dankt Muster Adrian für die Arbeit als Fraktionschef in den letzten 3½ Jahren und weiterhin als Mitglied des SR alles Gute.

Stadtrat Kolb Martin überreicht als Weihnachtsgeschenk Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz die 1'082 beglaubigten Unterschriften zur FDP-Initiative „Professionalisierung des Gemeinderates“. Es wären rund 1'050 Unterschriften nötig gewesen. Der SR wird bereits aufgerufen, sich Gedanken zum neuen Reglement zu machen. Die FDP erwartet ein konstruktives Mitdenken.

Schluss der Sitzung: 20.10 Uhr

NAMENS DES STADTRATES

Der Stadtratspräsident

Für das Protokoll

Burgdorf, 16. Januar 2008 / hbr

Dr. Christoph Zurbrügg

Brigitte Henzi